

Die IG Metall fordert:

6,5 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten und einen gemeinsamen Entgeltrahmen- Tarifvertrag

Tatsachen statt Behauptungen

Die Arbeitgeber behaupten:

6,5 Prozent sind in dieser wirtschaftlichen Lage zuviel, höchstens 2 Prozent sind drin.

Tatsache ist:

2 Prozent würden voraussichtlich noch nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen. Die Folge wäre: Die Reallöhne sinken erneut. Der Verteilungsspielraum aus gesamtwirtschaftlicher Produktivitäts- und Preissteigerungsrate liegt zwischen 4 und 4,5 Prozent. Die IG Metall fordert mehr, weil Nachholbedarf besteht, denn die Metallunternehmen konnten die Gewinne in den letzten Jahren kräftig erhöhen, während die Realeinkommen der Arbeitnehmer/innen stagnierten. Das, obwohl die Produktivität in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg allein in den letzten zwei Jahren um 14 Prozent anstieg. Deshalb ist es gerecht, die Schieflage zwischen Einkommen und Gewinnen jetzt zu korrigieren, denn die Beschäftigten wurden in den letzten Jahren nicht fair behandelt.

Die Arbeitgeber behaupten:

Lohnerhöhungen dürfen sich nur noch an der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung orientieren. Die Inflationsrate soll völlig unberücksichtigt bleiben.

Tatsache ist:

Das Risiko der Preisentwicklung sollen nur noch die Arbeitnehmer/innen tragen, obwohl bisher auch die Arbeitgeber akzeptierten, dass Einkommenserhöhungen auch die Inflationsrate ausgleichen sollten. Im übrigen, auf die Entwicklung der Verbraucherpreise haben die Beschäftigten keinen Einfluss. Deshalb verhandeln wir auch nicht über die Erhöhung der Real-, sondern der Nominaleinkommen.

Die Arbeitgeber behaupten:

Die Tarifierhöhungen müssen nach Ertragslage differenziert werden.

Tatsache ist:

Wo es notwendig oder sinnvoll ist, war und ist die IG Metall für differenzierte Tarifverträge. Einer Differenzierung sind aber Grenzen gesetzt: Tarifverträge regeln Mindestbedingungen und sorgen dafür, dass alle Beschäftigten ausreichend an der Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands teilhaben. Tarifverträge schaffen verlässliche und einheitliche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen.

Die Arbeitgeber behaupten:

Die Tarifrunde ist schwierig genug. Sie sollte nicht noch mit dem komplizierten Thema gemeinsamer Entgelttarif belastet werden.

Tatsache ist:

Das bisherige System mit der Unterscheidung in Arbeiter und Angestellte ist hoffnungslos veraltet und erzeugt erhebliche Ungerechtigkeiten. Seit mehr als zehn Jahren wird über einen gemeinsamen Entgeltrahmen- Tarifvertrag verhandelt - bisher ohne greifbare Ergebnisse. Auch die Arbeitgeber sehen im Prinzip ein, dass sich etwas ändern muss. Mit der Forderung nach Kostenneutralität blockieren sie jedoch konstruktive Verhandlungen. Der Reformdruck ist aber inzwischen zu groß, um das Thema immer wieder auf die lange Bank schieben zu können.

Die Arbeitgeber behaupten:

Die IG Metall vertritt nur die Interessen der „Arbeitsplatzbesitzer“, nicht die der Arbeitslosen.

Tatsache ist:

Gerade Gewerkschaften haben größtes Interesse an Beschäftigungssicherung und dem Abbau der Arbeitslosigkeit. Viele IG Metall-Mitglieder sind arbeitslos oder von Stellenabbau bedroht. Das erleben wir in unserer Region fast täglich. Wir haben zum Beispiel Arbeitszeitverkürzung und Altersteilzeit durchgesetzt und fordern seit Jahren den Abbau von Überstunden, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Kein Betrieb stellt aber Beschäftigte ein, die er nicht benötigt, nur weil sie wenig kosten. Firmen stellen ein, wenn sie neue Mitarbeiter brauchen weil sie mehr produzieren und absetzen können. Produkte und Dienstleistungen brauchen aber Käufer, deshalb fordern wir deutliche Einkommenserhöhungen für die Beschäftigten auch zur Ankurbelung der Binnennachfrage.

Die Arbeitgeber sind bisher zu keinem fairen Kompromiss bereit.

Warnstreiks sind unser gutes Recht.

Wir wollen für gute Arbeit gutes Geld.

Machen sie mit!

www.igm-mannheim.de



Mannheim